(Autorisé par la Censure de la 4e zône.)

Neuß-Grevenbroicher Zeitung

Größte und meistverbreitete Zeitung der Kreise Neuß und Grevenbroich

Fernsprecher Nr. 55. Fernsprecher Nr. 55.

Die Neuß-Grevenbroicher Zeitung erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage. Als Beigabe das St. Quirinusblatt. — Preis für den Monat in Neuß durch Boten in's Haus gebracht M. 1.25 und auswärts an der Post abgeholt. Die wöchentlich einmal erscheinende illustrierte Kupfertiefdruck-Beilage „Kriegsbilder" wird den Beziehern gegen einen Mehrbetrag von 15 Pfg. für den Monat beigegeben.

Anzeigen finden durch die Neuß-Grevenbroicher Zeitung die weiteste Verbreitung und haben bei dem kaufkräftigen Leserkreis unseres Blattes die beste Wirkung. Preis für die neungespaltene Zeile oder deren Raum 35 Pfg., außerhalb der Kreise Neuß u. Grevenbroich 40 Pfg., für die viergespaltene Reklamezeile M. 1.20. Anzeigen erbeten an die Geschäftsstelle bis 6½ Uhr abends für die Nummer des folgenden Tages. Annoncen-Annahme durch alle bewährten Annoncen-Expeditionen. Geschäftsstelle: Neuß, Niederstraße 46.

Reichsbank-Giro-Konto. Postscheck-Konto Köln 41800.

Nr. 180. | Redaktion: Jos. Grunau. | Montag, 16. Juni 1919. (Benno.) | Rotationsdruck und Verlag der Gesellschaft für Buchdruckerei, Neuß. | 46. Jahrgang.

Soziale Demokratie gegen sozialistischen Radikalismus.

Wie schon an dieser Stelle ausgeführt wurde, hat der Versuch, die kommunistischen Ideen bis zur letzten Folgerung durchzuführen, in Rußland zu Zuständen geführt, die die Haltlosigkeit und Undurchführbarkeit der bolschewikischen Theorien erwiesen haben. In Deutschland wird trotz alledem von dem Spartakusbunde und seinen Anhängern das Traumbild des kommunistischen Zukunftsstaates der Arbeiterschaft vorgespiegelt, das die Gleichheit und damit auch das Glück aller mit sich bringen soll. Der Gedanke ist zweifellos ideal, und es ist für den Arbeiter nicht immer leicht, den mit Geschick und Ueberzeugungstreue vorgebrachten spartakistischen Werbungen zu widerstehen. Er vergißt zu leicht, daß er hier in der Welt der rauhen Wirklichkeiten lebt und daß das kommunistische Ziel nur ein Ideal ist, das in Wahrheit niemals erreicht werden kann. Die kommunistische Idee will den Menschen nach ihrem Ideale zurechtformen, anstatt daß sie mit dem Menschen rechnet, wie er ist. Sie vergißt, die Eigenheiten der menschlichen Natur in ihre Rechnung einzustellen und muß daher notwendig zu Trugschlüssen kommen. Sie berücksichtigt nicht, daß der Trieb, durch Arbeit nicht nur sich und seine Familie zu erhalten, sondern durch eigene Tüchtigkeit sich auch über die anderen zu erheben, tief in jedes Menschen Brust verankert ist, daß dieser Trieb es ist, dem die Menschheit fast alle Kulturgüter zu verdanken hat.

Nur die rücksichtslose Ausnutzung gegenüber dem wirtschaftlich Schwächeren will der wahre Sozialismus bekämpfen, nicht den Trieb selbst ersticken durch bessere Arbeit sich bessere Lebensbedingungen zu schaffen. Nicht der radikal-sozialistische Staat kann unser Volk aus dem jetzigen Zustande tiefster Not retten, sondern nur der sozial durchgearbeitete demokratische Staat, in dem die Arbeit jedes einzelnen Volksgliedes einen möglichst weiten Spielraum zur Betätigung und zur Schaffung eigenen Wohlstandes hat, aber beschränkt durch die Erfordernisse der sozialen Gebote und die Rücksicht auf das Wohl der Gesamtheit. Vergißt die Arbeiterschaft diese Grundsätze, hat sie nicht mehr das Recht, sich Sozialdemokratie zu nennen. Denn Demokratie bedeutet gleiche Betätigungsmöglichkeit aller Volksgenossen nach ihren Fähigkeiten. Tritt an deren Stelle eine Arbeitsorganisation, wie sie der radikale Sozialismus anstrebt, in der der Tüchtige nicht mehr verdienen kann als der Untüchtige, so werden die wertvollen Elemente aus dem Lande getrieben, die Mittelmäßigkeit bleibt zurück. Schon jetzt hört man vielfach in allen möglichen Kreisen der Bevölkerung, von Technikern, Aerzten, Handwerkern und Arbeitern die Ansicht äußern, daß es bei den kommenden Zuständen in Deutschland kein Fortkommen mehr gäbe, daß es für den Tüchtigen im Auslande viel bessere und lohnendere Tätigkeit gäbe als im alten Vaterlande.

Zwar scheint an einzelnen Stellen der gesunde Sinn unserer Arbeiterschaft wieder die Oberhand zu gewinnen. So wurde durch fast einstimmigen Beschluß der Arbeiterschaft in der Gothaer Waggonfabrik die Akkordarbeit wieder eingeführt, um die infolge der andauernden Lohnsteigerungen zurückgegangene Herstellung wieder zu beheben. Derartigen hoffnungsvollen Einzelfällen aber stehen Tatsachen gegenüber, die unermeßliche Schädigungen unserer Volkswirtschaft bedeuten. Große Firmen wie Krupp haben ausländische Aufträge, die Tausenden von Arbeitern und Brot gegeben hätten, infolge des Mißtrauens des Auslandes in unsere Arbeitsverhältnisse an England verloren. Holländische Großabnehmer weigern sich, dem Kalisyndikat die bisherigen Vorschüsse weiter zu geben, da sie ein sozialistisches Unternehmen nicht für kreditfähig hielten usw.

Trotz alledem suchen die Spartakiden in den Massen die Hoffnung auf die Weltrevolution als das Allheilmittel weiter zu nähren. Dabei vergessen sie aber, daß zwar der soziale Gedanke sich überall in der Welt durchringen und die berechtigten wirtschaftlichen Forderungen der Arbeiter durchsetzen wird, daß aber, um mit Rathenau zu sprechen, „das Ausland nicht, wie jeder trübe Reformer hofft, uns den Gefallen tun wird, alle Schrullen, die wir von uns fordern, sich selbst aufzuerlegen." Zu diesen Schrullen gehört auch die radikale Sozialisierung der Arbeiter nach dem Rezept der russischen und deutschen Kommunisten.

Die künftige Wirtschaftsordnung und die Zukunft des Handwerks.

Man hat das Sozialisierungsprogramm ein Bauprogramm ohne Bauplan genannt. Nicht mit Unrecht. Besonders in den ersten Monaten nach der Revolution war die Sozialisierung ein vieldeutiges Schlagwort, das beweisen sollte, mit dem sozialdemokratischen Parteiprogramm werde nun Ernst gemacht. Die Mehrheitssozialisten sprechen heute nur noch von einer Ueberführung solcher Betriebe in die Gemeinwirtschaft, die dafür reif sind.

Daß das Handwerk in allen seinen Zweigen nicht zu diesen gehört, liegt auf der Hand. Dafür ist es viel zu sehr zersplittert nach Art und Größe seiner Betriebe, zu sehr verschieden hinsichtlich seiner Produktion, und vor allem bezüglich seiner Leistungsfähigkeit zu sehr abhängig von der Schaffensfreude und vom Eigeninteresse der Betriebsinhaber. Anderseits muß auch das Handwerk dem Geiste der neuen Zeit Rechnung tragen. Das hat es zum Teil bereits getan durch den Ausbau seiner beruflichen Selbstverwaltung. Das deutsche Holzgewerbe ist hierbei mit praktischem Beispiel vorangegangen.

Die schlimmen Erfahrungen, die das Holzgewerbe mit der staatlichen Regelung seiner Angelegenheiten, z. B. der Rohstoffbeschaffung, gemacht hat, gaben den führenden Männern die Veranlassung zu dem Versuche, die Verteilung der staatlich bewirtschafteten Rohstoffe durch fachberufliche Selbstverwaltung durchzuführen. Das ist gelungen z. B. für die Verteilung des Leimes durch den Bund der Bezugsvereinigung deutscher Gewerbezweige. Nun ist nach langen Verhandlungen mit den zuständigen Reichsämtern und Ministerien am 9. April 1919 eine Verordnung des Reichswirtschaftsministeriums erlassen worden, in der die Frage der Rohstoffversorgung des Handwerks endgültig geregelt wird. Die Verordnung hat entschieden, daß die Aufgabe der Rohstoffversorgung auf Wegen fachlicher Selbstverwaltung erledigt werden solle.

Daß durch diese Verordnung die für die Einigkeit im Handwerk so unheilvolle Streitfrage, ob die Handwerkskammern oder die Fachverbände Träger der Rohstoffversorgung sein sollen, zur Zufriedenheit beider Teile erledigt ist, sei nur nebenbei erwähnt. Die wesentliche Bedeutung der Verordnung liegt in der amtlichen Anerkennung der fachberuflichen Organisationen als Trägerin der Selbstverwaltung für die Rohstoffversorgung. Damit ist für einen Teil der Selbstverwaltung gesetzlich anerkannt, was für die Regelung der anderen Lebensgebiete der gewerblichen Berufsstände durch die von der Regierung amtlich gebilligte Vereinbarung vom 15. November 1918 zwischen den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen grundsätzlich beschlossen war.

Wiederum hat im Holzgewerbe zuerst der Gedanke, durch Zusammenarbeiten der Arbeitgeber und Arbeitnehmer in Handwerk, Gewerbe und Industrie die fachberufliche Selbstverwaltung für alle beruflichen Angelegenheiten durchzuführen, greifbare Gestalt angenommen in der Satzung für die Arbeitskammer des deutschen Holzgewerbes (vgl. „Soziale Kultur", April 1919, S. 148). Diese Weise wird zweifellos in absehbarer Zeit die gesetzmäßige Anerkennung finden und damit kraft öffentlichen Rechts die fachliche Selbstverwaltung zum berufenen Berater und Helfer der Gemeindeverwaltung, der Staats- und Reichsverwaltung und der Parlamente machen.

Hiermit sind die Wege des neuen Wirtschaftssystems für Handwerk und Gewerbe klar genug vorgezeichnet. Mag man es Sozialisierung nennen, der Name ist belanglos. Die Hauptsache ist, daß nun das Handwerk Mittel und Wege zur Verfügung hat, die es ihm ermöglichen, frei von bureaukratischer Bevormundung die Herrschaft über das künftige Geschick des Berufes selbst auszuüben, alle geistigen, kulturellen und technischen Errungenschaften als Diener und Hilfsmittel der Berufsarbeit einzugliedern und damit das Gewerbe auf den höchstmöglichen Stand der Leistungsfähigkeit emporzuführen. Nur auf diese Weise ist es möglich, die Zukunft des Handwerks auch unter den neuen Verhältnissen sicher zu stellen. Voraussetzung ist allerdings der entschlossene Wille der Beteiligten zum gemeinsamen Handeln, wie es die im Volksvereins-Verlage in M.-Gladbach jüngst erschienene Schrift von Dr. Lübbering: „Berufsständische Gemeinschaftsarbeit im rheinisch-westfälischen Handwerk" eingehend dargelegt hat.

Die Kriegssteuerentwürfe.

* **Berlin**, 13. Juni. Der Entwurf eines Gesetzes über die Kriegsabgabe von Vermögenszuwachs wird in den nächsten Tagen der Nationalversammlung zugehen. Er ist vom Staatenausschuß bereits genehmigt worden, weist aber auf eine allerdings starke Meinungsverschiedenheit zwischen Staatenausschuß und Regierung in bezug auf die Höhe der Kriegsabgaben hin. Während nämlich die Regierung vorschlägt, den Vermögenszuwachs, der die Summe von 200 000 M. übersteigt, fortzusteuern, will der Staatenausschuß die Grenze der Vermögenszuwachsabgabe bei 440 000 M. ziehen, da er von der Erwägung ausgeht, daß der Regierungsvorschlag eine zu große Beschneidung der Entwickelung von Handel, Industrie und Landwirtschaft bedeute. Als Vermögenszuwachs gilt der Unterschied zwischen dem Anfangsvermögen gemäß dem Besitzsteuergesetze vom 8. Juli 1913, und dem Vermögensstande vom 31. Dezember 1919.

Grundstücke, die der Abgabepflichtige erst nach dem 1. August 1914 erworben hat, dürfen bei Feststellung des Endvermögens zu keinem geringeren Werte als dem Betrage der Gestehungskosten eingesetzt werden. Von letzterem sind die entstandenen Wertverminderungen abzuziehen. Die Vermögensabgabe wird nur erhoben, wen das Endvermögen 10 000 M. übersteigt. Abgabepflichtig ist nur der den Betrag von 5000 M. übersteigende Vermögenszuwachs. Die Staffelung der Abgabe nach den Vorschlägen der Regierung ist bekannt. Sie wurde seinerzeit von dem Reichsfinanzminister Schiffer aufgestellt und sieht eine Fortsteuerung des Vermögenszuwachses bis auf 199 500 M. vor.

Die Fassung des Staatenausschusses gestaltet sich indessen folgendermaßen:

Für die ersten angefangenen oder vollen 10 000 M. des abgabepflichtigen Vermögenszuwachses 10 v. H.,
für die nächsten angefangenen oder vollen 10 000 M. 15 v. H.,
für die nächsten angefangenen oder vollen 10 000 M. 20 v. H.,
für die nächsten angefangenen oder vollen 20 000 M. 25 v. H.,
für die nächsten angefangenen oder vollen 50 000 M. 30 v. H.,
für die nächsten angefangenen oder vollen 100 000 M., 4 v. H.,
für die nächsten angefangenen oder vollen 100 000 M. 50 v. H.,
für die nächsten angefangenen oder vollen 200 000 M. 60 v. H.,
für die nächsten angefangenen oder vollen 200 000 M. 70 v. H.,
für die nächsten angefangenen oder vollen 300 000 M. 80 v. H.,
für die nächsten angefangenen oder vollen 500 000 M. 90 v. H.,
für die weiteren Beiträge 100 v. H.

Milderungen bei der Kriegssteuerveranlagung.

Der Staatenausschuß hat als Rechtsnachfolger des früheren Bundesrats von der ihm eingeräumten Befugnis, außerordentliche Vermögensanfälle von der Abgabe zu befreien oder eine anderweitige Berechnung des Vermögenszuwachses zu bewilligen, in der Weise Gebrauch gemacht, daß er eine Reihe von generellen Bestimmungen getroffen hat, die geeignet sind, Unbilligkeiten bei der Kriegsveranlagung zu vermeiden.

Auf Grund eines Beschlusses des Staatenausschusses vom 3. April veröffentlicht der Reichsminister der Finanzen im Zentralblatt für das Deutsche Reich eine Verfügung an die obersten Landesfinanzbehörden, der wir folgendes entnehmen:

Bei Grundstücken ergaben sich Härten daraus, daß sie in der Wehrbeitragsveranlagung mit dem Ertragswert eingesetzt waren. Wurden sie dann während der Veranlagungszeit veräußert, so trat ein Ueberschuß in die Erscheinung, ohne daß ein wirklicher Vermögenszuwachs vorlag, infolgedessen wird für diesen Fall angeordnet, daß für die Berechnung der Kriegsabgabe das Anfangsvermögen unter Zugrundlegung des gemeinen Wertes, den das veräußerte Grundstück am 31. Dezember 1913 gehabt hatte, anderweitig festgestellt wird. Wichtig ist auch, daß eine Berichtigung des Anfangsvermögens dann erfolgen kann, wenn dieses zwar bereits rechtskräftig festgestellt ist, der Feststellung aber ein Rechtsirrtum entweder der Steuer-

Generalversammlung des Vereins katholischer deutscher Lehrerinnen.

* Bochum, 11. Juni 1919.

Heute begann die Generalversammlung des Vereins katholischer deutscher Lehrerinnen unter Vorsitz der Abg. Oberlehrerin Schmitz (Aachen). Die Beteiligung aus allen Teilen Deutschlands ist außerordentlich stark. Die Tagung steht unter dem Zeichen des Kampfes für die konfessionelle Schule und der Mitarbeit an der Wiederaufrichtung des Vaterlandes.

In ihrer Begrüßungsansprache sprach die Vorsitzende Abg. Schmitz (Aachen) Mahn- und Kernworte über die Stellung des Katholizismus zu den Fragen der Neuzeit, insbesondere zur Jugenderziehung. Die Bekenntworte für die konfessionelle Schule, für die Beibehaltung des Religionsunterrichtes als Prüfungsfach in den Lehrerseminaren fanden demonstrativen Beifall. Die Rednerin proklamierte das Recht der Eltern auf die Schule und die Wahrung desselben durch die Lehrerinnen. Der Kulturkampf drohe, er habe stellenweise schon kräftig eingesetzt. Die katholischen Lehrerinnen Deutschlands ständen einmütig an der Seite des katholischen Volkes. Die katholische Frau werde nicht wanken. Auch die katholischen Lehrerinnen erhöben entschieden ihre Stimme für die konfessionelle Schule. Sie seien gewiß friedfertig, aber die Friedfertigkeit höre da auf, wo man das Heiligste anzugreifen drohe, da halte man es mit dem Meister, der die bösen Geister mit einem Stricke aus dem Heiligtum getrieben.

Der Bischof von Paderborn sprach Worte innigster Dankbarkeit und Anerkennung dem Verbande namens des gesamten Episkopates und des katholischen Volkes aus für seine fruchtbare Arbeit in der Erziehung der weiblichen Jugend. Eine Beruhigung ergreife das katholische Volk, in dieser armen Zeit den Schatz der Erziehung der weiblichen Jugend so sorgsam im Verbande gefördert und geschützt zu sehen. Im Namen aller katholischen Elternherzen spreche er dem Verbande für seine stille und standhafte Sorge tiefsten Dank aus, der so frisch und zielsicher arbeite. Zu seiner größten Freude sei besondere Sorge dieser Tagung der Erhaltung der konfessionellen Schule im Rahmen des großen Weltfriedens, offenbare er doch ein offenes klares Auge für neuzeitliche Bewegungen auf dem Gebiete der Schule. Ein Wort der Ermunterung brauche er bei dem Geiste der Tagung an unsere katholischen Lehrerinnen nicht zu richten. Mut und Freude atme die Tagung in der Verfechtung der hohen Ideale der christlichen Schule. Das Immergrün des religiösen Bewußtseins arbeite sich immer durch das Gestrüpp der Tagesmeinungen. Trotz der Anfeindungen und Gefahren möge man weiterarbeiten mit freudiger Zuversicht im Garten der christlichen Schule. Es werde große Kämpfe kosten, die christliche Schule habe viele Feinde. Bezeichnend für den Geist der herrschenden Partei sei die Tatsache, daß sie alle die Mächte des Unglaubens zum Kampfe gegen die Veste des Christentums aufrufe, wo die Feinde das Vaterland knechten, wo Empörung im Innern lodert, wo der Volkskörper aus tausend Wunden blutet. Jetzt ist dieser Partei der geeignete Zeitpunkt gekommen zum Angriff gegen die christliche Schule. Die Tagung Deutscher katholischer Lehrerinnen bekundet fest, unzweideutig, unabänderlich das Gelöbnis zur konfessionellen Schule: „Wir halten sie um jeden Preis bis zum Aeußersten, bis der Steg der heiligen Sache für die katholische Jugend." (Lebh. Beifall.)

Abg. Frl. Stoffels (Neuß) verlas folgende einmütig angenommene Entschließung:

„Die als die Vertretung von 18 000 deutschen katholischen Lehrerinnen zu Bochum tagende Hauptversammlung des Vereins katholischer deutscher Lehrerinnen erhebt grundsätzlich entschiedenen Einspruch gegen alle Maßnahmen der Gesetzgebung, die eine Entchristlichung unseres Schulwesens bewirken würden. In Uebereinstimmung mit weitesten Kreisen der katholischen Bevölkerung fordern wir die konfessionelle Schule, insbesondere auch die konfessionelle Lehrer- und Lehrerinnenbildung. Nur die konfessionelle Schule, mit überzeugten christlichen Erziehern und Erzieherinnen, gewährleistet das ursprüngliche und unveränderliche Recht der Eltern, ihre Kinder nach eigener sittlich und religiöser Lebensauffassung ausbilden und erziehen zu lassen. Nur sie vermag in allem Maße die sittlichen Kräfte zu wecken und zu pflegen, die für unser Volksleben, zumal in der Not der Gegenwart, erforderlich sind.

Auch fordern wir, daß der religiöse Unterricht als Pflichtfach in allen Schulen und als Prüfungsgegenstand in den Lehrer- und Lehrerinnenbildungsanstalten fortbestehe.

Wir sind überzeugt, daß die Mitglieder unseres Vereins auch unter den veränderten Zeitverhältnissen mit Freude bereit sein werden, ihre Kräfte in den Dienst der religiösen Jugenderziehung zu stellen."

Abg. Frl. Dransfeld (Werl) sprach über „Die katholische Lehrerin und die Idee des Weltfriedens." Sie konnte mitteilen, daß für die von katholischen Frauen Deutschlands in Frankfurt a. M. zu erbauende Friedenskirche bereits eine halbe Million Mark beisammen sind. Die Kosten für die Kinderkapelle der Kirche will der katholische Lehrerinnenverein aus Kindersammlungen aufbringen. Die Rednerin schlug vor, zur Vertiefung des echten Völkerbundgedankens aus der Frauenwelt einen Ausschuß für Völkerbund und Weltfrieden im katholischen Lehrerinnenverband zu errichten.

In der ersten Delegiertensitzung wurden Vorschläge zur Reform des Mädchenschulwesens besprochen. Die den Referaten folgende Diskussion erstreckte sich über die Fragen der Grundschule und der Differenzierung der Kinder innerhalb der einzelnen Jahrgänge. Erziehungsgrundsätze und Erziehungsaufgaben wurden in Leitsätzen festgelegt.

In der zweiten Delegiertensitzung wurden die Verhandlungen bei der Materie: „Aufbau des Schulwesens" fortgesetzt. In angenommenen Leitsätzen wurde erklärt, daß sich die gesamte Volksbildung auf der vierjährigen konfessionellen Grundschule aufbaut. Ländliche und kleinstädtische Verhältnisse sollen durch besondere Einrichtungen berücksichtigt werden. Zur Ausgestaltung der Volksschule wurde gefordert: Vertiefung der Lehrziele der Oberstufe, Einfügung des hauswirtschaftlichen Unterrichtes in den Lehrplan unter weitgehendster Beachtung der ländlichen Verhältnisse, Errichtung von Schulkindergärten, Nachhilfeunterricht für die Unterstufe, Hilfsschulen für geistig nicht normale Kinder, Abschlußklassen mit stark erziehlichem Charakter und Anleitung zu praktisch hauswirtschaftlicher Betätigung. Trennung des 7. und 8. Schuljahres, Verringerung der Schülerinnenzahl zur Sicherung einer individuellen Behandlung.

Weiter wurde verlangt, daß für heranwachsende Mädchen der Volksschule Fortbildungs- und Fachschulen mit vierjährigem Besuch sich angliedern sollen.

Gleichzeitig tagten der Bund der Lehramtsbewerberinnen im Verband, der Ausschuß für Jugendpflege und der Verband der katholischen Oberlehrerinnen Deutschlands.

Mit der Tagung war eine Sitzung des Verbandes katholischer Oberlehrerinnen verbunden. Man befaßte sich mit der Frage der Reform des Mädchenschulwesens in der Mittel- und höheren Schule. Der Tagung lagen für die Reform des höheren Mädchenschulwesens Leitsätze zugrunde, die vornehmlich den Ausbau der betreffenden Schulanstalten, die fachliche Bildung der Lehrkräfte betrafen. Die Anträge galten der Erweiterung des Unterstützungswesens. Die Vorstandswahl hatte folgendes Ergebnis: Abg. Oberlehrerin Schmitz (Aachen) erste, Abg. Frl. Stoffels (Neuß), zweite Vorsitzende, Frl. Krudwig (Köln) und Hüsemann (Coesfeld), Schriftführerinnen, Frl. Böllmecke (Dortmund), Kassiererin, Abg. Frl. Dransfeld (Werl), Beisitzerin. Sodann wurden Fragen der Lehrerbildung, der Schulverwaltung und Schulleitung, der Lehrerräte und der Berufsberatung besprochen.

behörde oder des Abgabepflichtigen zugrunde gelegen hat. Bei Kriegsteilnehmern kann eine unrichtige Kriegs- oder Besitzsteuerveranlagung in jedem Falle trotz ihrer Rechtskraft berichtigt werden.

Aus dem Reich.

Neuer Generalstreik in Sicht?

* **Berlin**, 14. Juni. Heute hat eine Konferenz stattgefunden unter den Buchdruckereibesitzern und Zeitungsverlegern, und diese haben sich auf den Standpunkt gestellt, daß der Streik diesmal bis zum Ende ausgefochten werden müsse. Infolgedessen werden heute sämtliche Hilfsarbeiter in sämtlichen Berliner Druckereien entlassen. Von Montag nächster Woche an wird für die Arbeiter des Setzerei- und Druckereipersonals die vierstündige Arbeitszeit festgesetzt. Sollte bis Samstag eine Einigung nicht erzielt sein, so wird auch das gesamte Buchdruckereipersonal entlassen. Maßgebende Stellen sehen diesen Streik der Hilfsarbeiter als Auftakt zum Generalstreik an, den die Kommunisten für Mitte nächster Woche vorbereiten. Man darf damit rechnen, daß dieser Streik der Hilfsarbeiter als Erklärung des Generalstreiks benutzt wird, und daß man letzteren in drei bis vier Tagen bereits erwarten kann.

Die Unterschleife im Hamburger Hafen.

* **Hamburg**, 13. Juni. Die Marinekommandantur teilt zu den gemeldeten Diebstählen von Schauerleuten beim Löschen der in Hamburg angekommenen Lebensmittelschiffen mit:

Die Diebstähle haben in letzter Zeit einen Umfang angenommen, der für die weitere regelmäßige Versorgung der Bevölkerung eine ernste Gefahr barg. Besonders ist Speck gestohlen worden. Die Arbeiter haben in geschlossenen Gruppen von mehrern hundert Mann die Arbeitsstätten verlassen, so daß die kontrollierenden Zollbeamten nichts mehr gegen sie auszurichten vermochten. Infolgedessen ist militärische Hilfe herangezogen worden. Die Schauerleute sind gegen die Beamten und Soldaten zu Tätlichkeiten übergegangen und haben schließlich vielfach die Speckseiten in die Elbe geworfen. Allein gegen 1000 Kilogramm sind teils aufgefischt, teils aus den Pontons, in denen die Arbeiter zur Landungsstelle fahren, geborgen worden. Die entwendeten Lebensmittelmengen sind so groß gewesen, daß sie über den Hausverbrauch der einzelnen hinausgingen und infolgedessen auch zu Wucherpreisen dem Schleichhandel zugeführt wurden.

%. Die belohnten Diebe.

Die Hafenarbeiter in Hamburg haben die Arbeit in den Lebensmittelschiffen wieder aufgenommen, nachdem ihnen die Behörden notgedrungen Zugeständnisse haben machen müssen. Es soll erwogen werden, ob und in welcher Form diesen Arbeitern eine sogenannte Treuprämie in Lebensmitteln gewährt werden kann, um durch eine solche freiwillige Sonderzuwendung weitern Uebergriffen möglichst vorzubeugen. Diese Dinge sind für den moralischen Niedergang wohl kennzeichnend genug.

Soweit hat es die Revolution gebracht, daß der Diebstahl noch belohnt wird und daß die notwendige Kraft fehlt, ihm Einhalt zu bieten. Daß mit diesen Grundsätzen ein ehrliches Staatswesen nicht durchführbar ist, begreift jedes Kind.

Schwere Unruhen in Lübeck.

NZV **Lübeck**, 14. Juni. Seit heute morgen herrschen hier schwere Unruhen, die zu zahlreichen Plünderungen geführt haben. Den Anlaß dazu gab die schlechte Versorgung mit Lebensmitteln. Vom Senat wurde einer Kommission von Arbeitern zugesichert, daß nachmittags Fische und Fett verteilt werden würden. Die Unruhen dauern fort.

Keine Ministerkrisis in Bayern.

* **Bamberg**, 13. Juni. Die bayerische Staatszeitung brachte gestern eine Privatmeldung aus Bamberg, wonach eine Ministerkrise in Bayern bestehe, weil die sozialistischen Minister im Gegensatz zu den andern Ministern gegen die Vollstreckung des standgerichtlichen Todesurteils an Levins gestimmt hätten. Es wird dazu von zuständiger Stelle hier mitgeteilt, daß die Minister, die gegen die Vollstreckung des Todesurteils gestimmt hätten, nicht aus dem Koalitionsministerium ausscheiden werden. Dabei sei maßgebend, daß die Hauptaufgabe des Koalitionsministeriums, die außergewöhnlichen Schwierigkeiten der Zeit in gemeinsamer Arbeit aller größeren Parteien zu überwinden, nicht aus dem Auge gelassen werden dürfte. Diesen Standpunkt nehmen auch die maßgebenden Stellen des sozialistischen Parteitages in Weimar ein. Es kann von einer Krise im bayerischen Gesamtministerium nicht die Rede sein.

Der sozialdemokratische Parteitag.

Berlin, 13. Juni.

Scheidemann führte gestern im Schlußwort weiter aus: Cohen sei nicht nur einer der wütigsten U-Bootagitatoren gewesen, sondern habe auch seinerzeit in der Reichskanzlei Propaganda dafür gemacht, daß den Arbeitern in Preußen statt des freien Wahlrechts ein Pluralwahlrecht gegeben werde. (Lebhaftes Hört, hört und lebhafte Entrüstung auf dem Parteitag.) Also U-Bootkrieg nach außen und Pluralwahlrecht nach innen, das ist die neue Politik, die uns die sozialistischen Aktivisten empfehlen wollen. Wir wollen aber keine diplomatische Vorbereitung des zweiten punischen Krieges, sondern ehrlichen Frieden mit allen Feinden, insbesondere mit den englischen und amerikanischen Arbeitern.

Nunmehr wurde die Resolution zur auswärtigen Politik gefaßt, die wir bereits im Wortlaut mitteilten.

Der heutige Vormittag brachte zunächst die Abstimmung über die zum Bericht des Parteivorstandes vorliegenden Anträge. Ein Teil des Parteitages machte zunächst den Versuch, einen Beschluß des Parteitages dahin zu erwirken, daß er als Parlament der Arbeit so lange zusammenbleibe, bis die Nationalversammlung zusammengetreten sei und neben ihr den Friedensvertrag berate. Die Mehrheit des Parteitages konnte sich der Improvisation dieser neuen parlamentarischen Korporation nicht anschließen. Es wurde zunächst eine Entschließung angenommen, die die uneingeschränkte Selbständigkeit der Partei gegenüber der Regierung und der in ihr wirkenden Genossen feststellt. Mit großer Mehrheit wurde die schon mitgeteilte Einigungsentschließung angenommen. Die Hauptmeinungsverschiedenheit lag in der Frage, ob die Verhandlungen über die Einigung zentral geführt werden sollten. Die bereits gemeldete Entschließung König, Dortmund, und Genossen über die Freiwilligenkorps fand gegen wenige Stimmen Annahme, nachdem ihr gegen den Willen des Parteivorstandes ein Zusatz gegeben worden war, der eine sozialdemokratische Parteipropaganda in den Korps verlangt, die Verhängung des Belagerungszustandes von der Zustimmung der Parteiorganisation abhängig macht und dem Befehlshaber Parteigenossen an die Seite stellt, die ein Mitbestimmungsrecht haben sollen. Die Anträge, die den Reichswehrminister Noske zum Rücktritt veranlassen wollten, wurden gegen wenige Stimmen abgelehnt und damit Noske gewissermaßen ein kräftiges Vertrauensvotum des Parteitages ausgesprochen.

In weitläufigen Ausführungen erging sich der Vorsitzende der sozialdemokratischen Fraktion in der Nationalversammlung, Loebe, über die Kabinettsbildung, berichtete von dem Vorschlag, die Unabhängigen hinzuziehen und von dem Vertrag mit den Demokraten, welche die Bedingungen der Fraktion angenommen hätten, die da lauten: Rückhaltlose Anerkennung der republikanischen Staatsform, Finanzreform unter starker Heranziehung der großen Vermögen und tiefgehende soziale Maßnahmen und Sozialisierung der geeigneten Betriebe. Die Demokratie hätte sie angenommen und das auf ihren Wunsch zugezogene Zentrum ebenfalls. Diese Kabinettsbildung blieb in der Fraktion nicht unbestritten, wurde aber mit großer Mehrheit angenommen. Man müßte immer bedenken, daß man kein Kabinett Ebert-Scheidemann, sondern ein Kabinett Scheidemann-Dernburg-Erzberger habe.

Zur Friedensfrage.

Wilsons Stellung.

* **Genf**, 14. Juni. Der Temps meint, daß die von dem Verbande an der Rheingrenze getroffenen militärischen Vorbereitungen jedenfalls genügen, um den Frieden von dieser oder einer anderen deutschen Regierung unterfertigen zu lassen. Um die Erfüllung der Bedingungen durchzusetzen, müsse Marschall Foch für alle Fälle umfassende Vollmachten erhalten. Wenn Deutschland unterzeichnet, bleibt Wilson in Paris, um bei den Schlußarbeiten behilflich zu sein. Wird die Unterzeichnung abgelehnt, so will er sofort die Heimreise antreten.

Vor der Ueberreichung

NZV **Versailles**, 14. Juni. Der Friedensvertrag wird vollständig neu geschrieben und gedruckt. Er enthält die Erläuterungen, die in der Antwort über die Gegenvorschläge enthalten sind, wird also, während er in seinen Grundsätzen unverändert bleibt, doch tatsächlich ein neues Dokument sein. Der Vertrag wird am Tage der Ueberreichung oder einen Tag später veröffentlicht werden.

Nach Versailles.

* **Weimar**, 14. Juni. Die Minister Giesberts und Landsberg, die sich zurzeit in Weimar aufhalten, reisen heute nach Berlin, um von dort sofort nach Versailles zu fahren und bei der Ueberreichung der Verbandsantwort zugegen zu sein. Es entspricht dies einem von Graf Mantzau geäußerten Wunsche. Soweit es sich übersehen läßt, wird eine Sitzung der Nationalversammlung kaum vor Ende der kommenden Woche stattfinden.

In Weimar.

* **Weimar**, 13. Juni. Reichspräsident Ebert und der preußische Ministerpräsident Hirsch sind in Weimar eingetroffen. Die deutsch-demokratische Fraktion trat gestern abend zu einer Besprechung zusammen. In Weimar herrscht jetzt wieder reges politisches Leben. Das gesamte Ministerkollegium ist hier eingetroffen, auch der Chef der Friedensstelle Graf Bernstorff.

Die Volksabstimmung in Oberschlesien.

* **Haag**, 13. Juni. Paderewski erklärte sich nach einer Pariser Meldung mit einer Volksabstimmung in Oberschlesien einverstanden, weil er überzeugt sei, daß diese zugunstene Polens ausfallen werde.

Italien und der Friede.

NZV **Rom**, 14. Juni. (Agenzia Stefani.) Die Kammer ist zur Entgegennahme der Berichte über die Friedensverhandlungen auf den 19. Juni einberufen worden. Giolitti wird an der bevorstehenden Kammertagung teilnehmen.

Appell der Bischöfe Deutsch-Oesterreichs an den Papst.

Wie die Wiener Reichspost mitteilt, hat sich der Fürsterzbischof von Wien, Karinal Dr. Pfiffl, namens des deutsch-österreichischen Episkopates in einer Eingabe an den Papst gewendet, in der dessen Intervention gegen den Friedensentwurf von St. Germain angerufen wird. Die Eingabe kennzeichnet den Vertragsentwurf als eine schwere Verletzung der allen zivilisierten Völkern gemeinsamen christlichen Rechtsgrundsätze und bittet den Papst, alles aufzuwenden, daß der christlichen Gerechtigkeit zu St. Germain Geltung verschafft werde.

Kardinal Fürsterzbischof Dr. Pfiffl erschien am 5. Juni persönlich beim päpstlichen Nunzius, um diesem die Eingabe zur sofortigen Uebermittlung an den Papst zu überreichen.

Die angeblichen Aenderungen im Friedensvertrag.

NZV **Amsterdam**, 13. Juni. Laut Algemeen Handelblad meldet die Daily News aus Paris, es werde angenommen, daß die hauptsächlichsten Aenderungen im Friedensvertrag folgende sein werden:

1. Saarbecken.

Keine Aenderung der Bestimmung, der zufolge dieses Gebiet während eines Zeitraumes von 15 Jahren der Verwaltung des Völkerbundes unterstellt wird. Es sei jedoch eine Bestimmung eingefügt worden, die es klarstellt, daß, wenn Deutschland es versäumt, am Ende dieses Zeitraumes die Bergwerke in Gold zurückzukaufen, dies dem Rechte der Einwohner, unter die deutsche Staatsobrigkeit zurückzukehren, wenn dies durch eine Volksabstimmung beschlossen wird, keinen Abbruch tut.

2. Oberschlesien.

Es besteht ernster Grund, zu fragen, ob die Einwohner dieses Gebietes, selbst wenn sie in der Mehrzahl aus Polen bestehen, die polnische Souveränität der deutschen vorziehen. Es soll daher eine Volksabstimmung unter Aufsicht der Alliierten abgehalten werden. Zugleich erhält Deutschland das Recht, genügend Kohle zu angemessenen Preisen aus diesen Gebieten zu beziehen, und zwar unabhängig davon, ob die Volksabstimmung zugunsten Deutschlands ausfällt oder nicht. Dieses Recht kann auf den Zeitraum beschränkt werden, während welchem Deutschland der Erträgnisse des Saarkohlenbeckens beraubt wird.

3. Die Frage des linken Rheinufers hängt davon ab, daß Deutschland seine Verpflichtungen loyal erfüllt. Der Zeitraum der Besetzung wird wahrscheinlich verkürzt werden, zugleich wird dieses Gebiet, soweit die Alliierten dafür verantwortlich sind, so gut wie sicher, einer bürgerlichen und nicht einer militärischen Verwaltung unterstellt werden.

4. Entschädigungen.

Ueber diese Frage gehen die Ansichten weit mehr auseinander als über irgend eine andere Frage, und man ist daher noch zu keiner Entscheidung gelangt. Es ist wahrscheinlich, daß der amerikanische Vorschlag, daß ein endgültiger Betrag festgesetzt werden soll, zugunsten einer Regelung geopfert worden ist, nach der die Abschätzung der Entschädigungssumme in verschiedenen Hauptteilen, welche im Vertrage näher bezeichnet und angedeutet sind, zusammengefaßt wird und Deutschland die Gelegenheit geboten werden soll, entweder eine eigene Abschätzung vorzulegen oder in jedem Falle Bemerkungen zur Berechnung der alliierten Kommission zu machen. Es besteht die Absicht, Vorkehrungen zu treffen, daß dieses Verfahren bis Ende dieses Jahres erledigt ist, statt sich bis 1921 hinzuziehen, wie im ursprünglichen Vertrag vorgesehen war.

5. Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund.

Es ist wahrscheinlich, daß keine diesbezügliche Bestimmung in den Vertrag aufgenommen werden wird. Die Neigung, Deutschland in den Völkerbund aufzunehmen, nimmt jedoch ständig zu.

Um den Rheinfreistaat.

(*) Die Frage der Rheinrepublik in Neuß.

Am Samstag abend wurde diese Frage in einer Versammlung der Demokratischen Partei und Sonntag morgen in zwei seitens der sozialdemokratischen Gewerkschaften und des Angestelltenverbandes gleicher politischer Richtung erörtert. Neues boten alle drei Veranstaltungen nicht, überall die gleiche Leidenschaftlichkeit, die alten Verdrehungen mit der nur zu durchsichtigen Hetze gegen das Zentrum und nebenher auch gegen den Klerus. Daß auch die Demokraten nach dieser letzten Seite hinzielen, wird ihnen hierzulande nicht den Boden ebnen, man darf den Herrschaften aber dankbar sein, daß sie ihr Visier in dieser Weise lüften. Wohin die Leidenschaftlichkeit führt, beweisen u. a. die Zurufe, welche den Leiter dieser Zeitung, Stadtv. Chefred. Grunau, bezichtigten, er sei mit bei der bekannten Mainzer Konferenz gewesen. Selbstredend ist daran kein wahres Wort. Derselbe hat überhaupt keinem Komitee zur Bildung eines Rheinfreistaates angehört und hat den Boden nie verlassen, der stets in den bekannten Artikeln dieser Zeitung dargelegt worden ist, d. h. das Anstreben einer Rhein-Republik nicht durch ungesetzmäßigen Umsturz, sondern auf absolut gesetzmäßigem Boden, wie es nicht nur seitens der Zentrumspartei, sondern auch von preußischen Ministern anerkannt worden ist. Wie sehr unsere grundlegenden Ausführungen sich in den Bahnen der rheinischen Zentrumsauffassung bewegen, beweist am besten der Umstand, daß sie vollinhaltlich mit anerkennenden Worten in fast allen maßgebenden Zentrumsorganen der Provinz Aufnahme gefunden haben.

Die unsachmäßige Behandlung der Frage, wie sie auch in den hiesigen Versammlungen zutage getreten ist, entspricht nicht der Wichtigkeit der Sache selbst und erst recht nicht dem brennenden Ernst der Zeit. Uns aber wird diese Art nicht von dem gesetzmäßigen Boden abbringen, denn unser Ziel ist nicht die Schürung der Parteileidenschaft, die das Leben vergiftet, wo wir doch geschlossene Einigkeit notwendig hätten. Uns gilt in dieser Frage einzig das Wohl des deutschen Vaterlandes und der schönen rheinischen Heimat!

, Eine Wendung in der Rheinischen Freistaat-Frage.

In einer Zuschrift des Handelskommensyndikus Dr. Brandt, Düsseldorf, an die Presse wird ausgeführt, daß der Gedanke einer rheinisch-westfälischen Republik der Durchführung niemals näher gewesen sei als heute. Man sei in linksrheinischen Kreisen zwar von den bisher verunglückten Gründungsversuchen abgerückt, wer aber z. B. die Erklärung des Oberbürgermeisters Adenauer, die er als Führer der rheinischen Abordnung nach Versailles abgab, genauer lese, werde finden, daß man nur mit den Persönlichkeiten und dem Zeitpunkt der Gründung nicht einverstanden sei, daß aber der Plan einer rheinisch-westfälischen Republik auch von Adenauer nicht fallen gelassen worden sei.

Dazu erfährt die Internationale Telegraphen-Agentur aus den Kreisen der Teilnehmer an der Versailler Konferenz, daß Dr. Brandt aus der Kundgebung, die die rheinischen Abgeordneten nach ihrem Besuch bei Brockdorff-Rantzau erlassen haben, allerdings mit Recht den Schluß gezogen haben dürfte, daß in der Besprechung der Notwendigkeit und die Möglichkeit eines westdeutschen Freistaates eingehend erwogen worden sei. Mit der Notiz sei in erster Linie bezweckt worden, die Oeffentlichkeit in den gegnerischen Ländern über die zukünftige Entwicklung des Deutschen Reiches zu unterrichten. Wenn wir recht unterrichtet sind, hat man sich an maßgebender Stelle der Reichsregierung, und zwar bei der Mehrheit der Minister, der Erkenntnis nicht verschlossen, daß im Interesse des Deutschen Reiches die Regelung der politischen Verhältnisse im Sinne eines solchen Freistaates, natürlich im Rahmen des Deutschen Reiches erforderlich ist. Natürlich kann es sich dabei nicht um Gebilde handeln, das einzelnen politischen Parteien besonders große Entwicklungsmöglichkeiten bieten will; gerade im Hinblick auf diese und die große nationale Bedeutung der Frage hat man daher die kindischen Versuche, die bisher gemacht worden sind, als besonders bedauerlich empfunden.

Die vorstehenden Darlegungen decken sich im Wesentlichen mit den uns gewordenen Informationen in dieser Angelegenheit. Sie decken sich aber auch voll und ganz mit dem von uns seit Beginn vertretenen Zentrumsstandpunktes. Wir haben also in dieser Frage vollständig Recht behalten und da muß man sich denn doch fragen, wozu all der Lärm, das Schießen mit den Kanonen nach Spatzen, die Windmühlengefechte des „Ritter von der traurigen Gestalt."

Zivilverwaltung im besetzten Westen.

* **Frankfurt**, 15. Juni. Im Corriere della Sera findet sich eine bemerkenswerte Pariser Meldung, die besagt, daß die Pariser Konferenz dem englisch amerikanischen Antrag zugestimmt habe, wonach sofort nach Friedensschluß die zurzeit bestehende Militärverwaltung im besetzten Rheinland durch eine Zivilverwaltung abgelöst werde, an deren Spitze ein Ausschuß von fünf Mitgliedern stehe. Alsdann werde auch sofort das gewöhnliche Recht anstelle des Kriegsrechts treten und die ordentlichen Gerichte wie in normalen Zeiten tätig sein. Die militärischen Behörden würden nur für die öffentliche Ordnung sorgen und bekämen ihre allgemeinen Instruktionen von dem an der Spitze der Zivilverwaltung stehenden Künferausschuß.

Stadtnachrichten.

Neuß, 16. Juni.

(:) **Die Feuerversicherungs-Gesellschaft Rheinland** hielt Samstag den 14. Juni, nachmittags 3¼ Uhr, in den Räumen der Bürgergesellschaft hierselbst ihre diesjährige 39. ordentliche Generalversammlung. Der Vorsitzende, Herr Wilh. Thywissen, gedachte der im Jahre 1918 noch gefallenen drei Beamten. Die Versammlung erhob sich ihrer zu Ehren von den Sitzen. Auf der Tagesordnung stand zunächst der Jahresbericht, den Herr Direktor Posselt erstattete. Aus demselben heben wir hervor: Der Geschäftsbetrieb erstreckte sich im abgelaufenen wie im vorhergen Jahre auf die Feuer-, Glas-, Einbruchdiebstahl-, Wasserleitungsschäden-, Unfall- und Haftpflichtversicherung mit Einschluß der Versicherung gegen Mietverlust infolge Brand-, Blitz- Explosions- und Wasserleitungsschäden. Der Geschäftsverlauf litt unter fortwährenden Personal- und Verkehrsschwierigkeiten und war für das Glas- und Einbruchdiebstahl-Versicherungsgeschäft durch sich stetig mehrende Schadenfälle verlustbringend. Das Gesamt-Geschäftsergebnis wurde beeinträchtigt durch wesentlich höhere Verwaltungskosten, wovon infolge der anhaltenden Teuerung der größte Teil auf Erhöhung der Beamtenbezüge entfällt, welche sich auch im kommenden Jahre noch steigern werden. Dazu kommt, daß uns durch den Verkauf von Wertpapieren, den wir wegen des unglücklichen Ausganges des Krieges und der damit verbundenen Umwälzungen im Innern für angebracht hielten, ein namhafter Kursverlust entstanden ist. Der Jahresgewinn, welcher im Vorjahr M. 498 988,97 betragen hat, ging infolge der höheren Verwaltungskosten und der Ausfälle auf M. 383 433,58 herunter. Von den Beamten wurden während des Krieges 129 zu den Fahnen einberufen; von diesen sind 13 für das Vaterland gestorben. Die übrigen Beamten, welche zum größten Teil wieder in die Heimat zurückgekehrt sind, wurden wieder eingestellt. Die Jahresrechnung ist von der Revisionskommission am 5. Mai geprüft worden und genehmigt. Die Generalversammlung schließt sich dem an. Ueber die Verwendung des Reingewinnes wird nach dem Vorschlage des Aufsichtsrates beschlossen wie folgt: a) Zum Sparfonds M. 9090,22, b) An die Aktionäre M. 56,— Dividende pro Aktie M. 336 000,—, c) Tantiemen M. 38 343,36.

In den Aufsichtsrat wurden wieder gewählt die Herren Jak. Kallen, Wilh. Thywissen und Peter Werhahn aus Neuß. Zu Revisoren wurden bestellt die Herren H. Frings und H. Müller, Neuß, sowie Justizrat Custodis-Köln. Zu Stellvertretern die Herren O. Heinemann, Kommerzienrat Lonnes und Wilh. Werhahn, Neuß.

Zwei Statutabänderungen, welche die Ausdehnung des Versicherungsgeschäftes auf Hagelschäden bezwecken und die dadurch gesetzmäßig gebotenen finanziellen Unterlagen, welche aus dem Sparfonds entnommen werden sollen, konnten ihre Erledigung noch nicht finden, da die hierfür notwendige Zahl der Aktien nicht vertreten war. Es waren bei Beginn der Versammlung in die Anwesenheitsliste eingetragen 45 Aktionäre, welche 801 Aktien mit 589 Stimmberechtigungen vertraten. Die auf jeden Fall beschlußfähige weitere Generalversammlung wurde auf Mittwoch, den 16. Juli 1919, nachmittags 3½ Uhr, in die Räume der Bürgergesellschaft berufen. Auf den von Herrn Direktor Posselt erstatteten interessanten Erläuterungsbericht zum Jahresbericht kommen wir noch zurück.

▲ **Die abgeänderten Pläne der Umgehungsbahn Krefeld-Linn— (Neuß)Holzheim**, die seit Jahren als Teil einer Schleppbahn zwischen Ruhr und

Saar projektiert ist, liegen seit Freitag auf dem Rathause wieder offen. Von den drei Plänen war bekanntlich derjenige mit einer Linienführung dicht an der Südwestseite der Stadt vorbei zur Ausführung bestimmt worden. Der neue Plan sieht nach den von verschiedenen Seiten erhobenen Einsprüchen einige Aenderungen vor. Die Einsprüche der Gemeinde Kaarst scheinen darnach berücksichtigt zu sein. Die Bahn, die bei Osterath die alte Staatsbahnstrecke verläßt, wird jetzt noch etwa 800 Meter näher an der Stadt vorbei geführt. Fest hinter der Wagenhalle der städt. Straßenbahn läuft sie durch den ausgebaggerten Kivitzbusch und legt sich dann nicht weit von der Geulenbrücke neben die Neuß—Viersener-Strecke, um auf einem hohen Damm in die Güterzugsstrecke an der Rheydterstraße zu münden. Dem Verlangen der Stadt, die Ueberführung der beiden Strecken an der Geulenbrücke statt 7 Meter 12 Meter breit zu errichten, ist nicht entsprochen worden. Die geplante Zufuhrrampe an der Steinhausstraße kommt in Wegfall.

Die Ueberführung ist von dort beiden Seiten nur durch eine Treppe zu erreichen. Auf der westlichen Seite hat man Wege neben dem Broichwäldchen liegen lassen, um die Feldbestellung zu ermöglichen. Würde dieses Bahnprojekt, dessen Dringlichkeit nach den politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen wohl kaum vorliegt, zur Ausführung kommen, so würde der Ring der Bahndämme um das Weichbild der Stadt Neuß fast lückenlos geschlossen sein, sehr zum Schaden der späteren städtischen Entwicklung.

* **Der Postinspektor Striepling** in Neuß (Postamt 1) wurde zum Vize-Postdirektor ernannt.

* **Die Maler- und Anstreicher-Innung** hält nächsten Mittwoch abend 7 Uhr eine außerordentliche Versammlung behufs Regelung von Lohn- und Preissätzen ab.

) **Wie die Eisenbahndirektion Köln bekanntmacht,** wird am 15. Juni d. Js. der direkte Personen- und Gepäckverkehr zwischen Aachen, Koblenz, Köln, Krefeld, Düren und M.-Gladbach und den größeren Stationen Frankreichs und Belgiens aufgenommen. Fahrgeld und Gepäckfracht sind für die rheinischen Strecken in Mark, für die nichtrheinischen Strecken in Franken zu entrichten. Umrechnung in die andere Währung findet nicht statt. Nähere Auskunft erteilen die Fahrkartenausgaben und Gepäckabfertigungen.

* **Mindestalter für untere Postbeamte.** Die Reichs-Post- und Telegraphen-Verwaltung hat neuerdings die untere Altersgrenze für Zivilanwärter, die zu voller Beschäftigung im untern Beamtendienst angenommen werden sollen, vom vollendeten 20 Lebensjahr auf das vollendete 18. Lebensjahr herabgesetzt.

* **Weidediebstähle und kein Ende!** Die Diebstähle und Abschlachtungen von Weidevieh mehren sich von Tag zu Tag. So wurde in der vergangenen Woche einem Viehhändler in Höngen innerhalb 3 Tagen ein Pferd gestohlen und eine wertvolle Kuh abgeschlachtet. In der Nacht vom 10. zum 11. Juni stahl Diebesgesindel auf dem Gute des Herrn Wilhelm Doum in Wambacherhof ein einjähriges Rind und schlachtete es im nahe gelegenen Walde ab. Die Spuren die Diebe führten nach Stolberg hin. Am Tatorte fand man 2 Fahrkarten Stolberg—Köln und Köln—Liblar—Euskirchen. Die Diebe kommen meist aus den Großstädten, haben aber ihre Helfershelfer an allen Plätzen ihrer Wirksamkeit. Die Helfershelfer sind meist beschäftigungslose junge Leute. Auf diese müßte die Ortspolizei ihr ganz besonderes Augenmerk richten.

* **Unser Fixsternhimmel im Juni.** Während des Juni zeigen sich uns am nächtlichen Himmel die schönen, in klaren Linien leicht erkennbaren Sommersternbilder: der Schwan, der Adler und die Leier und zwar die ersteren beiden in der Milchstraße, die sich tief im Osten von Norden nach Süden zieht und in der sich auch hoch oben im Norden der viersternige Perseus und südlich von diesen die ein umgekehrtes W bildende Kassiopeia finden. Die übrigen Sternbilder treten sämtlich westlich der Milchstraße in Erscheinung. Im nördlichen Teile sind sichtbar hoch oben im Norden der dreisternige Fuhrmann und die Kapella, westlich von dieser die Zwillinge mit Kastor und Pollux. Oestlich von den letzteren, dicht an den Scheitelpunkt heranreichend, strahlen die Sterne des großen Bären und über dem Scheitelpunkte noch Norden gesehen die des kleinen Bären mit dem Polarstern, die vom Drachen umschlungen werden. Des letzteren östlichste vier Sterne bilden ein Viereck, an dessen Ostseite die Wega in der Leier funkelt. Den Südteil nehmen ein dicht unter dem Scheitelpunkte die Sterne des Bootes, dessen hellster der Arcturus ist. Oestlich von diesem Sternbilde sind wahrnehmbar die Sterne des Herkules, neben ihnen die der Krone, unter diesen die der Schlange. Ganz im Süden sind sichtbar die Sterne der Wage und des Skorpions und westlich von diesen die ein Viereck bildenden des Raben. Ueber den letzteren erhebt sich im Westen das Sternbild Jungfrau, kenntlich daran, daß vier seiner Sterne in gerader Linie stehen. Ueber der Jungfrau blitzen die Sterne des großen Löwen mit Regulus als Hauptstern. Alle diese Sternbilder sind uns relativ nahe, ihre Sterne sind Sonnen wie die unsrige, sind gigantische Glutkörper mit einer Temperatur bis zu 12 000 Grad Celsius, umgeben von einem Heer von Planeten und Kometen. Denkt man hieran, denkt man ferner an die Gesamtheit der Millionen der Sonnensysteme, so vermag man einerseits zu ahnen die wahre Größe unseres Milchstraßensystems, des einen unter unzähligen, andererseits zu begreifen die wahre Kleinheit unserer Erde und mehr noch die der eigenen persönlichen Welt.

Aus dem Landkreise.

) **Für kriegsbeschädigte Landwirte** findet in der landwirtschaftlichen Winterschule hierselbst ein dreimonatlicher Kursus, Beginn Anfang Juni, statt. Anmeldungen sind bis zum 24. Juni an das Landratsamt zu richten. Näheres siehe Bekanntmachung in dieser Nummer

Provinznachrichten.

* **Düsseldorf,** 14. Juni. In der heute hier tagenden Vertreterversammlung des Rheinisch-Westfälischen Provinzialverbandes des Hansa-Bundes wurde nach einem Vortrag des Generaldirektors der Mannesmann-Röhrenwerke, Kommerzienrat Eich, über die gebundene Planwirtschaft folgende Entschließung einstimmig angenommen:

„Die Vertreterversammlung legt einmütig entschiedensten Einspruch ein gegen die Einführung der vom Reichswirtschaftsministerium in der Denkschrift dieses Amtes vom 7. Mai 1919 näher erläuterten Planwirtschaft. Die Versammlung sieht in dieser Planwirtschaft die Verewigung der sog. Kriegszwangswirtschaft, der an der Niederlage Niederlage Deutschlands ein erheblicher Teil zugeschrieben werden muß. Diese Planwirtschaft wird keines der für sie ins Feld geführten Ziele, wohl aber den völligen Niederbruch von Deutschlands Industrie, Handel und Gewerbe mit absoluter Sicherheit erreichen. Ein deutsches Reichsministerium schickt sich an, die größten Aktiven, die vor dem Zugriff der Gegner noch verschont geblieben sind, in einen Reichsfonds zu sammeln und damit dem Gegner bei erster sich bietender Gelegenheit auszusetzen. Weder die Regierung noch die Nationalversammlung kann von dem deutschen Volke und vor der Geschichte eine solche, das ganze Erwerbsleben vernichtende Entscheidung verantworten."

* **Benrath,** 13. Juni. Auf eine deutsche Anfrage teilte die englische Kommission am 12. Juni mit, daß den 150 verschickten Streikenden aus Benrath und Hilden nach 48 Stunden die Rückreise wieder gestattet worden sei.

* **Straelen,** 9. Juni. Am 23. Juni werden es 450 Jahre, seitdem zu Sand bei Straelen eine Schlacht zwischen dem Herzog von Kleve und dem Herzog von Geldern stattfand. Der Herzog Johann von Kleve war in die geldernschen Landesteile eingefallen und hate sich der befestigten Stadt Wachtendonk bemächtigt. Der Herzog Adolf von Geldern erhielt Hilfe, und von Straelen aus zog er dem Herzog von Kleve entgegen. Der Herzog von Geldern erfocht den Sieg und machte viele Gefangene; Herzog Johan wurde auf der Flucht von Bürgern aus Wesel geretiet. Zur Erinnerung an den Sieg wurde das zu Ostrum bei Venray gelegene Kloster der regulierten Chorherren nach Sand verlegt. Auch stiftete der Herzog zum Andenken einen Ritterorden, in den die Aufnahme im Kloster zu Sand stattfand.

* **M.-Gladbach,** 13. Juni. In einer gestern abend abgehaltenen Vertreterversammlung der drei Städte und von vier Landgemeinden, die für den Städtevereinigungsplan M.-Gladbach, Rheydt und Odenkirchen in Frage kommen, wurde einstimmig beschlossen, zur Förderung des Planes einen Arbeitsausschuß zu wählen, in welchem die Städte und Landgemeinden mit je drei Vertretern ihren Sitz haben. Weiter wurde noch mitgeteilt, daß der Gemeinderat von Korschenbroich es abgelehnt hat, sich an den Verhandlungen über die Eingemeindung weiter zu beteiligen. In der Versammlung kam zum Ausdruck, daß die Entscheidung über die Städtevereinigung erst fallen könne, wenn die Neuwahlen der Stadtverordneten und die Gemeinderatswahlen stattgefunden haben.

JTA. **Köln,** 13. Juni. Die drei jugendlichen Raubmörder, die seinerzeit die Haushälterin Hilde Dahm in Elberfeld erdrosselt und beraubt hatten und zu 10 Jahren Zuchthaus bezw. 10 Jahren Gefängnis verurteilt worden waren, wurden von der Jugendstrafkammer in Köln zu 7 bezw. 5 weiteren Monaten Gefängnis verurteilt. Sie hatten sich auf den Schmuggelhandel verlegt, und da es ihnen Betriebskapital fehlte, einen Einbruch in ein Kölner Geschäft verübt. Hier erbeuteten sie 180 Mark. Da ihnen das nicht genug war, faßten sie den Plan, die ihnen bekannte Haushälterin in der Wupperstadt zu berauben.

JTA. **Heisingen,** 13. Juni. Unter dem dringenden Verdacht, die eigene Mutter ermordet zu haben, wurde hier ein Brüderpaar verhaftet. Die unglückliche Frau war im März erwürgt und mit eingeschlagener Schädeldecke aufgefunden worden. Nach anfänglichem Leugnen haben die Burschen das furchtbare Verbrechen eingestanden.

JTA. **Von der Urfttalsperre.** Von vielen Tausenden war die Urfttalsperre an den Pfingsttagen besucht. Der Kermeterwald glich einem großen Heerlager. Gegen Abend wurden die umliegenden Dörfer gestürmt. Viele Hunderte begehrten ein Nachtlager; in einigen Ortschaften war mehr „Einquartierung" als Bewohner. Trotzdem mußten viele die Nacht bei Mutter Grün verbringen.

* **Erkelenz,** 13. Juni. Das gestern nachmittag niedergegangene Gewitter war von einem außergewöhnlich starken Hagelschlage begleitet, der strichweise auf den Feldern alles vernichtete. Auch in der Stadt haben die hühnereigroßen Schloßen hunderte von Fensterscheiben zerschlagen und in den Gärten viel Schaden angerichtet.

* **Eupen,** 10. Juni. Von schwerem Unglück wurde laut „Eupener Nachrichten" eine hiesige Familie heimgesucht, deren ältester 23 Jahre alter Sonh in der Nacht von Freitag auf Samstag in Welkenraedt erschossen wurde, nachdem er aus dem Kriege nach dreijähriger Dienstzeit im Felde glücklich heimgekehrt war. Der junge Mann war mit Schmuggelwaren beladen und auf die Anrufe der Posten nicht stehengeblieben.

* **Cochem,** 11. Juni. Heute vormittag wurde den hiesigen Einwohnern durch die Ortsschelle die erfreuliche Nachricht zuteil, daß demnächst auf den Kopf der Bevölkerung 20 Pfund Einmachzucker, das Pfund zu 2,25 Mark, zur Verteilung gelangen würden. Dieser Zucker rührt von einer größeren Lieferung, welche der Kreis Cochem von der amerikanischen Behörde angekauft hat.

Neueste Nachrichten.

Montag Nachmittag. — Ja oder nein!

NZB **Versailles,** 14. Juni. Matin berichtet, daß die Ueberreichung der Antwort der alliierten amtlich auf Montagnachmittag festgesetzt ist. Ein Attachee des Ministeriums des Aeußern wird das Dokument dem Legationsrat Freiherrn von Lerchner überreichen. Der Brief, welcher dem Dokument beigegeben wird, soll festen Tones sein und bestätigen, daß jede Diskussion geschlossen ist und daß die Deutschen nur noch mit Ja oder Nein antworten können. In amtlichen Kreisen erklärt man, daß die Note der Alliierten den Eindruck erwecken wird, daß die Alliierten vollkommen einig seien und ohne Zögern oder Rücksichtnahme im Falle einer Weigerung Deutschlands handeln werden.

5 Tage Frist.

* **Haag,** 14. Juni. Aus Paris wird gemeldet: Wie verlautet, muß die Nachricht, daß die deutsche Abordnung eine Frist von fünf Tagen zur Beratung des Friedensvorschlages erhält, so gedeutet werden, daß sie innerhalb dieser Zeit erklären soll, ob sie die Absicht hat, zu unterschreiben oder nicht. Die tatsächliche Unterschrift würde nicht sofort zu geschehen haben. Nachdem sie ihre Absicht bekannt gegeben hat, wird es noch einige Tage dauern, ehe die allerletzten Vorbereitungen für die förmliche Unterzeichnung in Versailles getroffen sind. Für den Fall, daß die Deutschen erklären, das Abkommen nicht unterzeichnen zu wollen, wird ihnen mitgeteilt werden, daß der Waffenstillstand aufhöre, und daß die Feindseligkeiten innerhalb drei Tagen wieder aufgenommen werden.

Ablauf der Frist am 21. Juni.

* **Versailles,** 14. Juni. Die Antwort der Alliierten wird der deutschen Regierung eine am 21. Juni ablaufende fünftägige Frist zur Unterzeichnung oder Ablehnung der abgeänderten Friedensbedingungen stellen. Die Weigerung Deutschlands, den Frieden zu unterzeichnen, würde die Durchführung der vorgesehenen militärischen Maßnahmen und der Blockade, also entweder vom 21. oder vom 24. an, zur Folge haben. Die Antwort sieht vor, daß Deutschland in viermonatiger Frist von der Vertragsunterzeichnung ab ein Angebot über die Gesamtziffer der Wiedergutmachungen machen kann.

Intransigeant meldet, Lloyd George und Wilson hätten ihre Abreise bis nach der Ueberreichung der Antwort der Alliierten verschoben. Wilson werde dann auf einige Tage nach Belgien, Lloyd George nach England fahren.

Nähere Angaben.

* **Versailles,** 14. Juni. Die Morgenblätter melden übereinstimmend, daß die Antwortnote der Verbündeten auf die deutschen Gegenvorschläge nunmehr bestimmt am Montag überreicht werden soll. Die Uebergabe soll ohne Feierlichkeiten erfolgen. Ein Beauftragter des Quay d'Orsay wird die Schrift nach Versailles bringen und wahrscheinlich dem Freiherrn v. Lerchner für den Grafen Brockdorff-Rantzau aushändigen. Nach einer halbamtlichen Meldung wird die Antwort aus drei Teilen bestehen:

1. aus einem Brief an den Grafen Brockdorff-Rantzau, der eine allgemeine Antwort enthalten wird,
2. aus einem Memorandum, das die deutschen Gegenvorschläge Punkt für Punkt behandelt,
3. aus einem Anhang mit neuen Klauseln des Vertrages.

In dem Brief an den Grafen Brockdorff-Rantzau soll gesagt werden, daß Verhandlungen nicht mehr stattfinden könnten. Deutschland habe fünf Tage Zeit zur Ueberlegung; dann würde der Waffenstillstand mit einer Frist von drei Tagen gekündigt werden, so daß wir im ganzen acht Tage für unsere Entscheidung hätten.

Berlin ohne Zeitungen.

* **Berlin,** 15. Juni. Am heutigen Sonntag fand die Berliner Welt auch keine einzige politische Tageszeitung vor. Der Streik der technischen Hilfsarbeiter der Druckereien dauert an. Die Einigungsverhandlungen sind bis jetzt durchweg gescheitert.

Kein Streik in Frankfurt.

* **Frankfurt a. M.,** 15. Juni. Zwischen den Metallindustriellen und Vertretern des Metallarbeiterverbandes wurde im Schlichtungsausschuß nach längerer Verhandlung eine Verständigung erzielt, so daß der für Montag angedrohte Ausstand unterbleiben wird.

Die im Deutschen Arbeiterbund zusammengeschlossenen Arbeiter und ferner der Reichsverein demokratischer Arbeiter, Beamten und Angestellten wenden sich in einer öffentlichen Erklärung gegen den von dem völlig undemokratisch zusammengesetzten hiesigen Arbeiterrat ausgeübten Terror bei Gelegenheit des Sympathiestreiks für Rosa Luxemburg.

Vor neuen Unruhen in Wien.

* **Wien,** 14. Juni. Mit ungeheurer Spannung sieht man hier dem morgigen Tage entgegen. Es ist kein Zweifel, daß die Kommunisten morgen wieder den ernstlichen Versuch machen werden, die Macht an sich zu reißen. Zu den beiden Aufrufen des revolutionären Ausschusses der Kriegsinvaliden und der Kommunistischen Partei ist noch ein dritter, ebenfalls namenloser, des Gesamtausschusses der Arbeitsorganisationen gekommen, der gleichfalls zum Massenbesuch der morgigen Versammlung vor dem Rathause einlädt. Es ist also der ganze kommunistische Organisationsapparat in Bewegung gesetzt.

Unruhen in Zürich.

* **Schweiz, Grenze,** 14. Juni. In verschiedenen Industriezentren der Schweiz, so namentlich in Zürich und Basel, fanden Freitag abend Gedächtniskundgebungen für Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht statt. Dabei kam es in Zürich zu ernsten Zwischenfällen. Nach Beendigung der Kundgebungen auf dem Paradeplatz versuchten kurz nach 5 Uhr abends eine Anzahl Kommunisten, das Bezirksgebäude zu stürmen, um verschiedene Häftlinge zu befreien. Die Polizei war schließlich gezwungen, scharf zu schießen. Nach einer späteren Meldung hatte es die Menge hauptsächlich auf die Befreiung des vor einigen Tagen gefangengenommenen Arbeitersekretärs Wyß abgesehen, der schließlich auch freigelassen werden mußte. Bis jetzt sind drei Tote amtlich festgestellt worden. Von den zahlreichen Verwundeten sind fünf schwer verletzt. Das Bezirksgebäude, dessen Hauptportal und eine Seitentür gesprengt wurden und dessen sämtliche Fensterscheiben eingeworfen worden sind, bietet ein trauriges Bild. Die Aufregung in Zürich ist begreiflicherweise ungeheuer.

Vermischtes.

Schiffszusammenstoß.

* **Amsterdam,** 13. Juni. Einer Newyorker Reuter-Meldung zufolge ist am Donnerstag der frühere deutsche Dampfer Graf Waldersee, der sich auf dem Wege nach Brest befand, 150 Kilometer von Sandy Hook mit dem Dampfer Rederno zusammengestoßen. Die Maschinenräume des Graf Waldersee liefen voll Wasser, doch glaubt man, daß das Schiff wird erhalten werden können. Verschiedene Leute der Bemannung haben Verletzungen erlitten. Zwei Dampfer nahmen die an Bord befindlichen 400 Passagiere und die Bemannung auf. — Nach einem späteren Bericht ist der Graf Waldersee aus Long Island auf Strand gesetzt worden. Die 400 Passagiere und die Bemannung befinden sich an Bord des Dampfers Patricio.

* **Hindenburg,** 12. Juni. Banditen überfielen, wie der „Oberschlesische Wanderer" meldet, auf der Straße von Borsigwerk nach Beuthen einen Geldtransport des Borsigwerks. Die Räuber sind mit 1 900 000 Mark entkommen.

\# **Opium auf Karten.** Von einem Beamten des amerikanischen Gesundheitsamtes wurde dieser Tage mitgeteilt, daß in Newyork jeder 60. Einwohner Opium und andere ähnliche Mittel gewohnheitsmäßig zu sich nimmt. In den Vereinigten Staaten soll es zwei bis drei Millionen derartige Personen geben. Daß diese schlimme Gewohnheit so zugenommen hat, wird durch das Verhalten der Aerzte erklärt; von einem Newyorker Arzt wird berichtet, daß er in zwei Stunden 231 derartige Rezepte ausgeschrieben habe. Es wird daher vorgeschlagen, das Gesundheitsamt solle eine Liste aller Personen, die solche Mittel brauchen, aufstellen, die die Arznei nur auf Karten in einer bestimmten Nationierung erhalten.

\# **Schilfrohr als Hafersatz.** Bei dem außerordentlichen Mangel an Futtermitteln und der Notwendigkeit, die dafür bisher dem Auslande gezahlten Summen nach Möglichkeit zu sparen, erhält eine Mitteilung der Umschau über Schilfrohr als Hafersatz besondere Bedeutung. Danach erblühen jahraus, jahrein Futterwerte in Millionen von Zentnern für unsere Viehbestände zur Nahrung in dem Schilfrohr, das sich überall in unsern Gewässern findet. Die Wurzelstöcke dieses Rohres liegen unter dem Wasser, auch in Niederungen und Mooren an starken Matratzen von 30—100 Ctm. Stärke und laufen bis zu 20 Meter Länge im Erdboden entlang. Die Grundachsen des Schilfrohrs, die oft im Durchmesser bis zu 10 Ctm. stark werden, geben 800—1200 Zentner pro Morgen. Bei Analysen, die 1917 und 18 auf Grund der Entdeckung der in der Rohrwurzel schwimmenden Werte durch die Brüder Branco gemacht wurden, ergab sich als Durchschnitt auf die Trockensubstanz: Zucker 25—30 Proz., sonstige Kohlehydrate 15—20 Proz., Roheiweiß 6—7 Proz., Fett 2—3 Proz., Mineralsubstanz 5—6 Proz. Besonders wichtig erwies sich unter den Verwendungsmöglichkeiten ein Kraftfutter, „Fragmit" genannt, das mit großem Erfolg in der Pulverfabrik Plaue unter Leitung der landwirtschaftlichen Abteilung an Pferden und Rindern erprobt wurde. Die Tiere nahmen dieses Futter sehr gern auf, und ihre Freßlust wurde so angeregt, daß alles Beifutter restlos verschwand. Anfangs bekamen die Pferde zwei Pfund pro Tag, später mehr. Das Futter ist leicht verdaulich, weil die Wurzel nicht verholzt ist und nur ganz geringe Mengen Lignin, des unverdaulichen Teils jeder Rohfaser enthält. Dabei wird durch die Gewinnung des Rohres eine außerordentliche Verbesserung der Gewässer und Moore, die durch die lästige Vermehrung des Rohres steril geworden sind, erzielt.

---

* **„In einem kühlen Grunde . . . !"** In Ilfeld (Bezirk Hildesheim) wurde eine Mühle geschlossen, deren Besitzer heimlich Korn gemahlen hatte. Ihm widmet nun der „Ilfelder Kreisanzeiger" folgendes Klagelied:

In einem kühlen Grunde,
Da ging ein Mühlenrad,
Der Müller ist verschwunden,
Der dort gewohnet hat.

Der Herr Gendarm ihn störte
Und ließ ihm keine Ruh',
Bis endlich die Behörde
Ihm schloß die Bude zu.

Er hat die Nacht gemahlen,
Wenn alles schlafen sollt',
Er ließ sich's gut bezahlen!
— Das Glück war ihm nicht hold.

Seh' ich das Mühlrad stehen,
So packt mich wilder Zorn.
Wohin soll ich nun gehen
Mit dem versteckten Korn?

Milde Gaben.

Es gingen bei uns ein:

Für zwei Heidenkinder auf die Namen Maria und Antonius usw. 42.— Mk.

Am Mittwoch, den 11. Juni, verschied in Bad Oeynhausen sanft und gottergeben, versehen mit den Tröstungen der hl. Kirche, 65 Jahre alt,

der Mühlenbesitzer

Jakob Auer,

Stadtverordneter, Mitglied der Handelskammer, des Provinzial-Landtages und des Handelsrichter-Kollegiums.

Köln-Nippes, Niehlerstr., den 15. Juni 1919.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beisetzung findet Mittwoch, 18. Juni, nachmittags 4½ Uhr, von der Leichenhalle Köln-Melaten aus statt, das Seelenamt am gleichen Tage, morgens 10 Uhr, in der Pfarrkirche St. Bonifatius zu Nippes.

Es hat Gott dem Allmächtigen in seinem unerforschlichen Ratschlusse gefallen, heute Nacht gegen 12 Uhr unsere innigstgeliebte Tochter, Schwester, Enkelin, Nichte u. Cousine

Elisabeth Krieger

nach kurzer, schwerer Krankheit, wohlvorbereitet durch den Empfang der hl. Sterbesakramente, im zarten Alter von 10 Jahren, zu sich ins bessere Jenseits zu nehmen.

In tiefer Trauer:

Die trauernden Hinterbliebenen.

Neuss, Düsseldorf, Müllheim-Speldorf, Opladen, Birkesdorf, Frielingsdorf, den 14. Juni 1919.

Das Seelenamt findet statt Dienstag, den 17. Juni, morgens 9 Uhr, in der St. Josephskirche Weissenberg, daran anschliessend die Beerdigung, wozu hiermit freundlichst eingeladen wird.

Sollte Jemand aus Versehen keine besondere Einladung erhalten haben, so bitten wir, vorstehendes als solche zu betrachten.

Das Sechswochenamt
für den verstorbenen Herrn
Josef Gater
findet Dienstag, den 17. Juni, morgens ½9 Uhr in der Marienkirche statt, wozu hiermit freundlichst einladet
Die Familie.

Das Jahrgedächtnis
für meine liebe Gattin, unsere gute Mutter
Frau Johann Dolf
findet Mittwoch, den 18. Juni 1919, morgens 9 Uhr in der Münsterkirche statt, wozu hiermit einladet
Die Familie.

Frauen und Mädchen

auch solche, welche bei mir schon gearbeitet, werden eingestellt.
Vorzusprechen täglich, auch Sonntags 10—12.
Weinberger,
Heerdt, Lörickerstraße 106.

Reichlicher
Neben-Verdienst
durch offizielle oder stille Mitarbeit für die
Stuttgarter Lebensversicherungsbank a. G.
(Alte Stuttgarter)
Grösste europäische Lebensversich.-Ges. auf Gegens. Versicherungsstand Ende 1918: 1¼ Milliarde Mark.
Anfragen erbittet der Bankvorstand.

Besatzungsarmee der 4. Zone der Rheinlande.

Stab. 2. Büro.

Nr. 9912/0.

Befehl,

betreffend die Stunden der Oeffnung und den Schluß der Wirtschaften, Restaurationen usw.

Art. 1. Vom 10. Juni ab bis ein neuer Befehl ergeht, können alle Wirtschaften, Restaurationen, Kinos usw. von 11 Uhr morgens bis 22½ Uhr abends geöffnet bleiben.

Art. 2. Die Armee-Abteilungsobersten oder die Divisionsobersten (D. A. D. C. D. I.) sowie auch die Kommandanturobersten können diese Freiheit in einem Teil oder im ganzen Bezirk, welcher unter ihrem Kommando steht, einschränken, wenn das Bestehen der guten Ordnung es befiehlt.

Art. 3. Durch Abänderung meines Befehls vom 15. Januar 1919, Art. 24, dürfen alle Militärpersonen die Wirtschaften und Restaurationen zwischen 14 und 17 Uhr besuchen.

Hauptquartier zu Aachen, den 8. Juni 1919.

Der Generalleutnant Befehlshaber
gez. E. Michel.

Vorstehendes veröffentliche ich hiermit.

Düsseldorf-Oberkassel, den 12. Juni 1919.

Der Oberbürgermeister. J. V.: Knopp.

Stadtverordneten-Sitzung

Dienstag, den 17. Juni 1919, nachmittags 5 Uhr.

Tages-Ordnung:

1. Errichtung einer Volkshochschule.
2. Uebernahme der Ueberteuerungskosten für Einfamilienhäuser des Neußer Spar- u. Bauvereins.
3. Ausbau einer Straße zwischen Preußenstraße und Kamberger grüner Weg.
4. Regulierung eines Grabens in Nivhütte.
5. Festsetzung einer Anerkennungsgebühr.
6. Wahl einer Friedhofs-Kommission.
7. Ergänzungswahl für Säuglings-Deputation.
8. Wahl eines Vertreters der Vermieter zum Mieteinigungsamt.
9. Wiederinstandsetzung und Aufstellung eines Krans im Hafen.
10. Abänderung eines Bebauungsplanes.
11. Anderweite Festsetzung der Quartiergelder.
12. Abänderung von Unterstützungssätzen.
13. Erhöhung der Ortszulagen für Volksschullehrpersonen.
14. Verkauf von Gelände an der Kölnerstraße an den Spar- und Bauverein.
15. Verkauf eines Industriegrundstückes.
16. Einziehung eines Teiles der Industriestraße
17. Verpachtung eines städtischen Gutes.
18. Verpachtung eines Lagerplatzes.
19. Verkauf eines Hauses.
20. Vermietung von Wohnungen.
21. Verpachtung von Grundstücken.
22. Verkauf von Grundstücken.

Neuß, den 14. Juni 1919.

Der Oberbürgermeister: Gielen.

Bekanntmachung.

Um den kriegsbeschädigten Landwirten, die infolge ihrer Beschädigung in der praktischen Ausübung des Landwirtsberufes behindert sind, eine theoretische Ausbildung und damit die Uebernahme von landwirtschaftlichen Aufsichtsposten (Verwalter, Inspektoren etc.) zu ermöglichen, wird nach eingeholter Genehmigung der Landwirtschaftskammer in der hiesigen Landwirtschaftlichen Winterschule ein theoretischer Kursus von etwa 3monatlicher Dauer stattfinden. Beginn Anfang Juli, genauer Termin wird später bekannt gegeben. Kursusleiter ist Winterschuldirektor Wolff. Der Lehrplan umfaßt: Agrikulturchemie, Acker- und Pflanzenbau, Tierzucht, Düngerlehre, Fütterungslehre und Buchführung; ferner Besichtigungen und Einzelvorträge. Die Lehrstunden sind drei mal wöchentlich, und zwar Montags, Mittwochs und Freitags nachmittags von 2—5 Uhr.

Die Teilnahme am Kursus ist kostenfrei. Um auch minderbemittelten Landwirten die Teilnahme zu ermöglichen, werden im Bedarfsfalle Reisekosten und Verdienstausfall vergütet.

Anmeldungen zu dem Kursus sind bis zum 24. Juni an das Landratsamt zu richten. Voraussetzung ist frühere Betätigung in der Landwirtschaft, Nachweis der Kriegsbeschädigung und Wohnsitz im Land- oder Stadtkreis Neuß.

Die Auswahl der Kursusteilnehmer liegt in der Hand des Ausschusses für Kriegsbeschädigtenfürsorge für den Landkreis Neuß.

Neuß, den 14. Juni 1919.

Der Landrat. J. A.: Frhr. v. Dünick.

Bekanntmachung.

Ich bringe zur Kenntnis, daß in den nächsten Tagen an die hiesigen Bürgermeistereieingesessenen Einmachzucker (pro Kopf 1200 Gramm) zur Verteilung kommt. Die Ausgabe erfolgt bei den zuständigen Lebensmittelausgabestellen in hiesiger Bürgermeisterei. Für diejenigen Familien, welche bei Heinrich Faller in Ramrath in die Zuckerkundenliste eingetragen sind, erfolgt die Ausgabe bei Peter Rommerskirchen in Ramrath.

Ich weise aber besonders darauf hin, daß der Anspruch auf Zuweisung des Einmachzuckers davon abhängig gemacht wird, daß von den bei den Lebensmittelausgabestellen noch vorrätigen Sachen wie Kunsthonig, Marmelade und Kaffeeersatz, sowie Seife jeder das ihm zustehende Quantum in Empfang nehmen muß.

Widdeshoven, den 14. Juni 1919.

Der stellv. Bürgermeister: Dihmann.

Land-Verpachtung

zu Deelen.

Die angekündigte Verpachtung für Herrn **Leonhard Barrawaßer** und Frau **Witwe Heinrich Limbach,** beide zu Deelen, von

30 Morgen Land,

den Bewohnern von Deelen, Oekoven und Barrenstein gelegen, und eines Gartens zu Deelen, an der Schule gelegen, findet am **Freitag, den 20. Juni dieses Jahres, nachmittags 2 Uhr,** in der Wirtschaft von **Volling** zu Deelen statt. Bürgschaft muß im Termin gestellt werden.

Grevenbroich. **Joseph Barnascon.**

Gesucht wird ein selbstständiger Maschinist, der mit elektr. Dreschgarnitur arbeiten kann. Wohnung, bestehend aus 3 Zimmern u. Speicher nebst Deputaten, Gartenland etc., wird gestellt. Gewünscht wird ein Mann, d. auf dauernde Stellung reflektiert.

Schwidden,
Gilveratherhof b. Kapellen.

Mehrere ledige
Gärtner-Gehilfen
sucht für sofort gegen guten Lohn und Verpflegung
Rittergut Grittern,
Post Dückelhoven.

Das Jahrgedächtnis

für unseren lieben unvergeßlichen Sohn,
den gefallenen Krieger
Willi Kirchhoff
findet Dienstag morgen ½8 Uhr in der St. Marienkirche statt, wozu frdl. eingeladen wird.

Genehmigt durch das Oberkommando der belgischen Armee.

Bekanntmachung.

1. Gemäß Anordnung der Besatzungsbehörde muß jede Person über 15 Jahre im Besitze eines Personalausweises sein.
2. Die Schalterbeamten dürfen Fahrkarten für Reisen innerhalb der 4. Besatzungszone nur gegen Personalausweis und für Reisen über die 4. Zone hinaus nur gegen Personalausweis u. Reiseerlaubnisscheine verausgaben. Die vorgeschriebenen Ausweise (Personalausweis und g. F. Reiseerlaubnisschein) sind dem Schalterbeamten unaufgefordert vorzulegen.
3. Jeder Reisende muß die Fahrkarte persönlich lösen.
4. Kinder unter 15 Jahren dürfen Fahrkarten nur zum eigenen Bedarf lösen.
5. In letzter Zeit haben verschiedentlich Kinder unter 15 Jahren Fahrkarten zwecks Abgabe an Personen gelöst, die nicht im Besitze eines Personalausweises waren. Diese Umgehung der Bestimmungen wird von der Besatzungsbehörde bestraft.
6. In den unter Absatz 5 genannten Fällen sind verschiedentlich d. Schalterbeamten von der Besatzungsbehörde unter Anklage gestellt worden, die Verkehrsanordnungen der Besatzungsarmeen unbeachtet gelassen zu haben. Um die Schalterbeamten hiergegen zu schützen, wird in den Fällen, in denen der Verdacht vorliegt, daß die Lösung der Fahrkarte durch eine Person unter 15 Jahren nicht für den eigenen Bedarf erfolgt, der Name des Kindes ermittelt.
7. Die Reisenden werden in ihrem eigenen Interesse um genau Beachtung der von der Besatzungsbehörde erlassenen Verkehrsanordnungen ersucht.

Cöln, 2. Juni 1919.

Eisenbahndirektion.

Geschäftshaus und gute Zinshäuser
nebst Garten zu verkauf.
Ed. Schmitz, Marienstr. 18.

Grundstück
i. Büderich an d. Heerdterlandstraße, 18 nr 85 qm, zu verkaufen. Zu erfr. bei Chr. Maas, Büderich-Neuß, Oststraße 2.

Jüngere
Haushälterin,
die im Kochen und in all. Hausarbeiten perfekt und durchaus zuverlässig ist, für herrschaftliche bequeme erste Etage (7 Zimmer) gegen 75 Mk. Lohn gesucht.
Dr. Thom, Oberkassel, Luegplatz 3.
Ende der Elektrischen an der Rheinbrücke.

Ordenn. Mädchen
für Küche und Haushalt per bald gesucht ohne große Wäsche.
Frau M. Krings,
Niederstr. 61.

Sauberes Mädchen
für Küche und Hausarbeit zum 1. Juli oder später gesucht. Große Wäsche außerdem Hause. C. W. Korten, Niederstraße 62.

Braves fleißiges Mädchen in kleinen Haushalt zum 1. Juli oder früher gesucht.
Frau Peter Koch,
Neuß, Breitestr. 25.

Ehrliches, fleißiges
Mädchen
für Küche und Hausarbeit in herrschaftl. Haushalt (2 Pers.) sofort gesucht.
Morgenmädchen vorh.
Prof. Kampf, D.-Oberkassel, Wildenbruchstr. 78.

Zuverlässiges
Zweitmädchen
für kleinen herrschaftlich. Haushalt gesucht.
Näheres bei Ludw. Kutz, Crefelderstraße 60.

Dienstmädchen.
Fleißiges sauberes Mädchen für sofort gesucht in kleinen Haushalt. Frau Berta Hoffmann, Büderich, Necklenbroichesstraße 7.

Suche zu sofort oder später nach Cöln älteres erfahrenes kath.
Dienstmädchen.
Denlist Bleuz, Dormagen, Hauptstr. 257, I.

Lehrmädchen
kath., f. mein Kurz-, Weiß- u. Wollwaren-Gesch. ges.
B. Kempen, Kreselderstr. 20

---

1 schulentl. Mädchen
zum 1. Juli zu Kindern gesucht. Sanders,
Nordkanalallee 28.

Leichter fünfjähriger
Schimmel-Wallach
weil überzählig, preiswert abzugeben.
Franz Bommers, Eppinghover Mühle b. Holzheim.

4jähriger flotter
— Pony —
und ein schnelles **Kassepferd** zu verk. Müller, Jons, Hubertusstr. 182.

Habe zu jedem Gebrauch geeignete
Pferde
zu verkaufen, darunter ein Gespann Russenpferde.
Wwe. Bollig, Oberkassel, Oberkasselerstr. 65.

Mehrere hochtragende
Kühe
hat abzugeben **Bolten,**
Rheinfeld, Dormagen.

Ziegenlamm und Böckchen,
(4 Wochen alt), beste Rasse, zu verkaufen.
Dickmann, Furtherstr. 111.

Schöner 14 Monate alt.
Deckziegenbock
zu verkaufen.
Frz. Welter, Büderich b. N., Necklenbroicherstr. 106.

Ditmarscher R. v. Enkh.
Reiskohl-, Wirsingpflanzen
(Wertus) abzugeben.
Joh. Kremer, Büttgen
Jan van Wertstr. 5.

Ein kompletter guterh. Stiftendrescher nebst Göpel, ferner ein
Landauer
hat abzugeben
Schwidden,
Gilveratherhof b. Kapellen.

---

ca. 20 Waggons neues
Wiesen- oder Kleeheu
zu kaufen gesucht.
Joh. Forrenkopf,
Neuß, Adolfstr. 2.

70—100 Ctr. fertiges **Kleeheu oder Luzerner** zu kaufen gesucht.
Franz Bienefeld,
Hafenstr. 70.

---

3 Morgen Klee
zu verkaufen.
Franz Zimmer,
Grefrath, Oberstr. Nr. 8.

Dünger
hat ständig fuhrenweise abzugeben evtl. für ein ganzes Jahr
Albert Gustorf, Neuß, Breitestraße 114.

A. (D. R. P.)
Radikale Befreiung von
Bettnässen
bei Erwachsenen und Kindern männlich. Geschlechts unter vollster Garantie. Altersangabe erforderlich. Kosten Mk. 15,00. Bei sofort. Nichterfolg Geld zur.
Heinr. Smimans, Werge,
Roggenstr. 229 a.

Eine größere Anzahl Waggons
gute Speisekartoffeln
waggon-, fuhren- und zentnerweise abzugeben.
Gut Zoppenbroich bei Neuß.
Telefon 894.

Versteigerung
von Laden-Einrichtungen zu Crefeld-Rheinhafen.

Mittwoch, den 18. Juni 1919, nachmittags 2 Uhr, werde ich in dem Lagerraum der Firma **F. u. H. Kauert zu Crefeld-Rheinhafen** (Haltestelle der Crefelder Straßenbahn) öffentlich meistbietend gegen Barzahlung freiwillig versteigern:

6 vollständige Laden-Einrichtungen,

bestehend je aus Theken mit Linoleumbelägen, gr. Regalen mit Zinkeinsätzen und Schiebefächern, Ausstellschränken mit Spiegel- und Glastüren, Ausstellregalen, Schaufensterkasten mit Spiegeln und Etagéren usw. Ferner: 600 Nickelausstellbäckchen und 60 gr. Emailleschilder.

Die Gegenstände sind gebraucht, aber sehr gut erhalten und eine Stunde vor dem Termin zu besichtigen.

Heinrich Koenen, Auktionator,
vereid. Sachverständiger f. d. Amtsgerichtsbezirk Crefeld,
Crefeld, Nordwall 63, Fernspr. 3717.

Achtung!

Grossisten und Wiederverkäufer.

Eingetroffen:

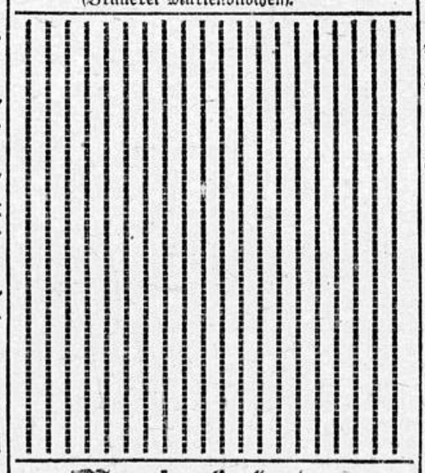
30000 Klgr. Ia. Schokolade
20000 Klgr. Kaffee, roh u. gebr.
5000 Büchsen steril. Milch
2000 Kisten Sunlicht Seife
10000 Dtzd. pr. engl. Toiletteseife.

Muster werden nicht abgegeben, daher Lagerbesuch erbeten.

Gerh. Michels, Aachen

Lager: Marienbongard 24.
Telefon 2491.

Für Wiederverkäufer.
Sunlight-Seife (Original 330 Gr.), **Stangenseife, — Feinste Toilettenseife**
laufend abzugeben.
Hubert Fest, M.Gladbach.
Lager: Neuß, Niederstraße 42/44
(Brauerei Marienbildchen).



Vereinskalender.

(Die Angaben für den Vereinskalender müssen bis spätestens 6 Uhr abends in der Geschäftsstelle aufgeliefert sein).

St. Matthias-Bruderschaft. In der Marienbergkirche hl. Messen: Dienstag 8 Uhr für Maria Wassen geb. Barella, Mittwoch ½7 Uhr für Josef Gater, Freitag ½7 Uhr für Gudula Richen geb. Klein, Samstag ½7 Uhr für Franz Dickhausen, Sonntag ½7 Uhr für Anna Stieger geb. Schick.

Jünglingskongregation St. Marien, Theaterabteilung. Morgen Dienstag abend, punkt 8 Uhr, bei Peppekus, Kapitelstraße, Versammlung. Alle pünktlich erscheinen. Auch diejenigen, welche noch Interesse haben, können sich dort melden.

Maler- u. Anstreicher-Zwangs-Innung.
Mittwoch, den 18. d. M., abends 7 Uhr,
bei **Heinr. Müller,** Neustraße
außerordentliche
Innungs-Versammlung
Tagesordnung: 1. Genehmigung von Lohnsätzen, 2. Preisregelungen.

Der Vorstand.

Die
Neuss-Grevenbroicher Zeitung
ist für die Kreise Neuss u. Grevenbroich das
vorzüglichste Insertionsorgan.
Ueber 16000 Abonnenten aus allen Bevölkerungsschichten.
In der N.-G. Z. finden Anzeigen die weiteste Verbreitung und den besten Erfolg.
Geschäftsstelle Neuss, Niederstr. 46.

Uebernehme leichte Fuhren
in- u. außerhalb d. Stadt.
Billige Berechnung.
J. Herweg,
Neuß,
Krämerstr. 4 u. 6.

Moderne Küchen
naturlack. und gestrichene, Schlafzimmer in prima Ausführung, Einzelmöbel, Matratzen, Sofas usw.
Bei uns gekaufte Möbel werden bis zur Lieferung frei aufbewahrt.
Jos. Hilberath & Co.,
Clarissenstraße 12.
Eigene Schreinerei.

Zu verkaufen
1 Gebäude, ca. 25—30 000 Kalksandsteine auf Abbruch 230 Meter Feldbahngleise mit Weichen, Wagen etc., 1 Eisenschornstein, 6 mm Blech, 8 m hoch, 1 Bohrmaschine, 1 Feldschmiede, 2 Schiebkarren, 1 Ambos, 1 Stehpulte.
Wilh. Offergeld,
St. Peter b. Niedenheim.

Zu verkaufen
für Schreiner.
1 schwere Fräse mit div. Apparaten, 1 Bandsäge, 600 mm Durchm., 1 masch. Schleifstein, 2 Transmiss. mit Lager.
Wilh. Offergeld,
St. Peter b. Niedenheim.

Möbel.
Bettstellen, 1 Herd, 1 Kleiderschränke, Tische und Geräte.
Böwe, Düsseldorferstr. 218, Stadtgrenze.

Vertikow,
mußb., überzähliges Bilder und Fensterdekorationen zu verkaufen.
Schnitzler, Neuß,
Kaiser Friedrichstraße 21.

Ein Ladenregal, 4 Mtr. lang, so gut wie neu, mit Glasschrank, unt. Schiebe-Türen, billig zu verkauf.
Josef Benzen
Aldenhoven
bei Hemmerden Nr. 66.

---

2 sehr gut erhaltene **Herde,** 1 schwarz und weiß emailliert, billig zu verkaufen. Heinr. Hirt, Widdeshoven Nr. 7.

Eine guterh. **Wanduhr,** eine **Lehnbank, Tonnen, Koch- und Kaffeekessel,** eine **Zughängelampe, 2 rechts Bruchbänder,** ein **Glasschr., 2 Federkissen** und verschied. **Küchengeräte, Löffelblech** zu verkaufen.
Wwe. Schmitz,
Bettikum bei Norf Nr. 8.

Ein Partie getragene
Dam.-Filzhüte
werden angekauft.
Wilh. Schürmann,
Elberfelder Spitzenlager,
Niederstraße 34.

Schwarze guterhaltene
Jacke
zu verkaufen.
Fr. Müller, Rheydterstr. 85.

Moiré-Jacke
für mittl. Fig. zu verkauf.
Schlafen, Dyckhofstr. 24, 1. Etage.

Kristall-Soda
a Pfd. 20 Pfg., bei größerer Abnahme billiger, sowie
Speisesalz
empfehlen
M. Bergerhausen u. Sohn,
Horrem-Dormagen,
Telefon 63.

Phonograph mit Platten u. 1 Nähmaschine zu verk.
Dahmen, Bergheimerstraße 49, 2. Etage.

Paß verloren.
Wiederbr. erh. Belohnung.
Lipp, Geusenstr. 39.